Kapitel 10 Kriegsrecht

Aus jüngsten Verlautbarungen und Gesetzesentwicklungen geht hervor, dass sowohl die US-amerikanische als auch die britische Regierung nach dem nächsten großen Terroranschlag die parlamentarische Demokratie außer Kraft setzen könnten. Da der Krieg gegen den Terror voraussichtlich ewig andauern wird, könnten wir uns bald in einer Art unbefristetem Kriegsrecht wiederfinden. Was ist wohl der Zweck dieses Szenarios für die Planer eines Polizeistaats? Die Bevölkerung wird gezwungen sein, ihr Recht auf Leben, Freiheit und Eigentum aus kurzfristigen Gründen aufzugeben. Dies wird das Zeitfenster sein, das die Planer brauchen, um Dissidentengruppen zu säubern und die Panik der Bevölkerung auszunutzen, um dauerhafte Gesetzes- oder Verfassungsänderungen durchzusetzen.
Das erste Ziel ist in den Köpfen der amerikanischen Polizeistaatsplaner das Wichtigste. Anders als ihre britischen Gegenspieler haben sie es mit einer großen, waffenbesitzenden Bevölkerung zu tun, die sich in der Neuen Weltordnung auskennt. Dabei geht es nicht nur um die Michigan-Miliz, sondern um Hunderttausende, möglicherweise Millionen einfacher Amerikaner, die sich auf freigeistige Websites einloggen und unzensierte Talkradios hören. Einige dieser Leute, insbesondere die Christen, sind Zielscheiben des Regimes und könnten auf die gleiche Weise behandelt werden wie die Gräueltaten von Waco und Ruby Ridge.
In Großbritannien sind die Planer vor allem von den Euroskeptikern beunruhigt, die in der Bevölkerung für ernsthafte Unzufriedenheit mit dem europäischen Projekt sorgen. Ihre Herangehensweise an das Problem mag nicht ganz so „praktisch" sein wie die der Bully Boys in den USA, aber Krisenzeiten bieten eine große Chance für eingeschränkte Kommunikation, schmutzige Tricks, Täuschung und Propaganda.

1. GESETZGEBUNG

Hitlers Ermächtigungsgesetz
Nachdem am 27. Februar 1933 das Reichstagsgebäude (Sitz des Deutschen Parlaments) niedergebrannt war, gaben die Nazis den Kommunisten die Schuld und überredeten Reichspräsident Hindenberg, ein Dekret zu erlassen, das sich auf Artikel 48 der Weimarer Verfassung berief. Dieses enthielt drakonische Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten, die es den Nazis ermöglichten, ihre politischen Gegner im Vorfeld der Wahlen am 5. März zu verfolgen. Die Wahlen brachten Hitler jedoch nicht die Zweidrittelmehrheit, die nötig gewesen wäre, um die Verfassung zu demontieren. Daher nutzte er weiterhin die Polizeistaatsvollmachten des Artikels 48, um seine politischen Gegner einzuschüchtern. Am 23. März trat der neu gewählte Reichstag zusammen und verabschiedete das Ermächtigungsgesetz, das Hitler erlaubte, vier Jahre lang diktatorisch zu herrschen. 1937 wurde das Gesetz erneuert und blieb bis zum Zusammenbruch des Regimes 1945 in Kraft.

Vereinigtes Königreich
Als der Entwurf des Civil Contingencies Bill im Jahr 2003 veröffentlicht wurde, löste er bei Bürgerrechtsgruppen und Parlamentsabgeordneten einen Aufruhr aus. Ein Ausschussmitglied, der ehemalige Tory Whip Lord Lucas of Crudwell, brachte die Aussicht auf, dass „die Regierung, sobald

der Ausnahmezustand erklärt ist, den Rest der Verfassung und alle Teile dieses Gesetzes, die ihr nicht gefallen, effektiv zerreißen und eine Republik gründen kann...". Frau Chakrabati, Sprecherin von Liberty, stimmte zu, dass das „farbenprächtigste Szenario" ein Staatssekretär mit „absoluter Gesetzgebungsgewalt" sein könnte, was theoretisch eine Bedrohung für die gesamte britische Verfassung darstellen würde.(1) Der Gesetzentwurf, der als „Modernisierung" des bestehenden Emergency Powers Act von 1920 gerechtfertigt wurde, sah vor, der Polizei die Befugnis zu erteilen, das Internet, öffentliche Dienste wie Telefon, Transport, Kommunalverwaltung und Post zu verwalten.(2) Wenn die neuen Maßnahmen eingeführt würden, könnte die Regierung jede Versammlung oder Aktivität verbieten, die ihrer Ansicht nach die nationale Sicherheit bedroht. Die Gesetze würden es Ministern erlauben, nach Rücksprache mit Ihrer Majestät der Königin den Ausnahmezustand zu erklären, nicht jedoch mit dem Parlament.
Der Gesetzentwurf für Zivilschutzmaßnahmen erlaubte der Polizei auch, im Falle eines Terroranschlags in britischen Großstädten „Notfallsperren" durchzusetzen. Die neuen Gesetze würden es der Polizei ermöglichen, die Ausbreitung von Infektionen zu stoppen, indem sie „Gesundheitssperren" um Gebiete errichten, die von biologischen oder chemischen Angriffen betroffen sind, so die Zeitung Sunday Times. Es hieß, die Menschen würden daran gehindert, aus dem betroffenen Gebiet zu fliehen. Speziell ausgebildete bewaffnete Polizei- und Militäreinheiten würden eingesetzt, um die Sperren durchzusetzen und jeden Ausbruch von Unruhen, einschließlich Plünderungen, unter Kontrolle zu bringen. Das Verteidigungsministerium teilte der Zeitung mit, dass eine neue zivile Notfallreaktionstruppe die Möglichkeit haben werde, scharfe Munition einzusetzen. Die 7.000 Mann starke Truppe soll 2004 in 14 Regionen eingesetzt werden.(3)
Die Regierung habe Pläne für eine Massenevakuierung Londons im Falle eines Terroranschlags ausgearbeitet, berichtete die Sunday Times im September.

1. Durchgesickerte Dokumente geben Einzelheiten darüber an, wie die Bewohner in „Ruhe- und Aufnahmebereiche" in den Home Counties getrieben werden könnten. Beunruhigenderweise ist darin von einer langfristigen Umsiedlung die Rede, wenn ein Gebiet durch einen Angriff unbewohnbar geworden wäre. Dies eröffnet die Möglichkeit einer Internierung und einer massiven, von der Regierung orchestrierten Beschlagnahmung wertvoller Immobilien in der Hauptstadt.(4)

Diese neuen Exekutivbefugnisse müssen auch im Kontext der Bemühungen um eine nationale Polizei gesehen werden. Der Krieg gegen den Terrorismus soll von einer neuen britischen Polizeitruppe gesteuert werden, die den Namen „Blunketts Sturmtruppen" tragen soll, wie Scotland on Sunday mitteilte.(5)
Das Gesetz über Zivilschutzmaßnahmen wurde am 18. November 2004 verabschiedet. Ich schrieb zwei Briefe an meinen Abgeordneten, in denen ich meine Bedenken über das Gesetz zum Ausdruck brachte, und war erfreut, in beiden Fällen ausführliche Antworten von Ruth Kelly, Ministerin für das Kabinettsbüro, zu erhalten. Sie akzeptierte meine Argumentation nicht, dass der wichtige Unterschied zwischen der alten und der neuen Gesetzgebung darin liege, dass Notstandsbefugnisse im alten Gesetz ausdrücklich auf den Schutz öffentlicher Interessen beschränkt waren, während das neue Gesetz keine solche Bestimmung enthält und sie zum Schutz staatlicher oder finanzieller Interessen mit den damit verbundenen Machtmissbrauchsfällen einsetzen kann. Der Briefwechsel ist auf policestateplanning.com wiedergegeben.
Reh
General Tommy Franks, ehemaliger Anführer der Koalitionstruppen im Irak, sagt, wenn die

Vereinigten Staaten von einer Massenvernichtungswaffe getroffen würden, die große Opfer forderte, würde die Verfassung wahrscheinlich zugunsten einer militärischen Regierungsform aufgegeben werden. Der General sprach diese Warnung in der Dezemberausgabe 2003 des Männermagazins Cigar Afficionado aus. Wenn das passiert, sagte Franks, „... verliert die westliche Welt, die freie Welt, das, was sie am meisten schätzt, nämlich die Freiheit und Unabhängigkeit, die wir seit einigen hundert Jahren in diesem großen Experiment erleben, das wir Demokratie nennen." (6)

FEMA

Die Gesetzgebung für eine massive Internierungsoperation in den USA wurde geschaffen, als Präsident Ronald Reagan eine Invasion in Nicaragua in Erwägung zog. Er erließ eine Reihe von Durchführungsverordnungen, die der Federal Emergency Management Agency (FEMA) im Falle einer „Krise" wie „gewalttätiger und weit verbreiteter innerstaatlicher Unruhen oder nationaler Opposition gegen eine US-Militärinvasion im Ausland" weitreichende Befugnisse erteilten. Von 1982 bis 1984 unterstützte Colonel Oliver North die FEMA bei der Ausarbeitung ihrer Zivilschutzvorbereitungen. Einzelheiten dieser Pläne kamen während des Iran-Contra-Skandals von 1987 ans Licht. Sie umfassten Durchführungsverordnungen, die die Aufhebung der Verfassung, die Verhängung des Kriegsrechts, Internierungslager für über 21 Millionen Amerikaner und die Übergabe der Regierung an den Präsidenten und die FEMA vorsahen. Beunruhigenderweise bleiben die vollständigen Fakten und der endgültige Inhalt von Reagans nationalem Plan ungewiss. Dies liegt zum Teil daran, dass Präsident Bush im November 2002 den ungewöhnlichen Schritt unternahm, die Präsidentenpapiere Reagans zu versiegeln. (7) Aktuelle Fotos mehrerer riesiger Auffanglager mit Wachtürmen und Stacheldraht sind unter http://www.apfn.org/apfn/camps.htm abrufbar.(7

Einige der von der FEMA veröffentlichten Notfallmaßnahmen deuten stark darauf hin, dass die von Oberst Oliver North unter Reagan erlassenen Kriegsrechtsbestimmungen voll in Kraft treten werden. Am 14. Februar 2003 berichtete die Washington Post, dass Schulen im Großraum Washington D.C. planen, Eltern im Falle eines Terroranschlags daran zu hindern, ihre eigenen Kinder abzuholen.(8) In Bolton, Massachusetts, teilte der regionale Schulbezirk Nashoba den Eltern mit, dass sie ihre Kinder während einer roten Alarmstufe nicht abholen dürften. Sie werden den Eltern nicht nur das Recht verweigern, ihre Kinder abzuholen, sondern die Kinder auch mit dem Bus zu einem „geheimen Ort" bringen.(9)

Am 16. März 2003 lautete eine Schlagzeile des Ganett News Service:

Roter Alarm? Bleiben Sie zu Hause und warten Sie auf Nachricht.

Wenn im Land die Alarmstufe „Rot" ausgerufen wird, die höchste Stufe der farbkodierten Bereitschaft gegen Terror, werden die Behörden Sie für den Feind halten, sobald Sie auch nur Ihr Zuhause verlassen." (10)

Darüber hinaus hat das Justizministerium unter Tom Ridge angedeutet, dass das Militär von der FEMA zur Polizei in Notfällen eingesetzt werden wird, nachdem das Posse Comitatus-Gesetz überarbeitet wurde. "Posse Comitatus wird ständig überprüft, während wir dieses Kommando weiterentwickeln, während wir unsere Übungen durchführen, während wir mit der FEMA, dem FBI und den führenden Bundesbehörden dort interagieren", sagte Pentagonsprecher General Eberhart im Juli 2002.(11)

Der Posse Comitatus Act, der den Einsatz des Militärs bei inländischen Strafverfolgungsmaßnahmen einschränkt, wurde nach dem Bürgerkrieg als Reaktion auf den angeblichen Missbrauch der Bundestruppen erlassen, die im Süden für die Ordnung sorgen sollten.

(12) Der Dokumentarfilmer Alex Jones enthüllt jedoch, dass Posse Comitatus bereits tot ist. In Texas haben US-Soldaten außerhalb des Stützpunkts zivile Strafverfolgungsaufgaben übernommen. Laut einem Leiter eines SWAT-Einsatzteams der US-Armee bei der 38. MP-Einheit in Fort Hood hat die Stadt Killeen das SWAT-Team von Fort Hood seit mindestens zwei Jahren eingesetzt, um Haftbefehle zu vollstrecken und Zivilisten festzunehmen. (13)

QUARANTÄNE UND ZWANGSIMPFUNG

Nach dem im November 2001 für die Centers for Disease Control (CDC) ausgearbeiteten Model State Emergency Health Powers Act wollen die Gesundheitsbehörden im Falle eines bioterroristischen Angriffs Straßen und Flughäfen sperren, Menschen in Stadien treiben und, falls nötig, ganze infizierte Städte unter Quarantäne stellen können. Der Abschnitt „Obligatorische medizinische Untersuchungen" (602) des Gesetzes besagt, dass Personen, die sich medizinischen Untersuchungen und/oder Tests verweigern, wegen Ordnungswidrigkeiten und Zwangsisolation strafbar sind. Wenn die Gesundheitsbehörden den Verdacht haben, dass Personen einer weit gefassten Infektionskrankheit ausgesetzt waren oder auf andere Weise eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellen, können die Beamten Haftbefehle erlassen. Im Falle eines Angriffs in einer Stadt oder auch nur eines solchen, der vermutet wird, könnten laut Gesetz Tausende von Menschen in Isolationslager gebracht werden. In diesem Fall müssen Ärzte, unterstützt von der Polizei, staatliche medizinische Untersuchungen und Tests durchführen. Laut Gesetz sind „Infektionskrankheiten" sehr weit gefasst. Eine Infektionskrankheit kann von Mensch zu Mensch, von Tier zu Mensch oder von Insekt zu Mensch übertragbar sein, muss es aber nicht. Die Isolationsvorschriften des Gesetzes geben dem Staat die Befugnis, Privatbesitz zu beschlagnahmen, auf dem Personen, die als infiziert oder exponiert gelten, unter Quarantäne gestellt werden können. Abschnitt 604 des Gesetzes enthält Einzelheiten zu Impf- und Behandlungsprotokollen. Gemäß diesen Vorschriften können die Gesundheitsbehörden Menschen dazu zwingen, sich vom Staat impfen und/oder medikamentös behandeln zu lassen. Personen, die sich weigern, sich impfen oder behandeln zu lassen, machen sich eines Vergehens schuldig und können mit polizeilicher Festnahme, Isolation oder Quarantäne rechnen. Das „Modellgesetz" befreit den Staat, seine politischen Untergliederungen, einschließlich des Gouverneurs, der Gesundheitsbehörden, der Polizei oder anderer Staatsbeamter, von der Haftung im Zusammenhang mit dem Tod oder der Verletzung von Personen oder Sachschäden als Folge der Einhaltung oder des Versuchs der Einhaltung des Gesetzes. Darüber hinaus hebt „Abschnitt 807" bestehende staatliche Gesetze auf, die im Widerspruch zum Gesetz stehen. Im Rahmen dieses Teils würden beispielsweise frühere Gesetze aufgehoben, die medizinische, religiöse oder philosophische Ausnahmen von der Impfpflicht gewährten. (14)(15)

Da nicht alle Bundesstaaten diesen Gesetzesentwurf unverändert verabschiedeten, enthielt der Homeland Security Act HR5710 vom 13. November 2002, der zur Gründung des Heimatschutzministeriums führte, eine Bestimmung, die dem Minister des Gesundheitsministeriums (HHS) die Befugnis erteilte, die Zwangsimpfung aller Amerikaner mit dem Pockenimpfstoff anzuordnen. Um diese Befugnis geltend zu machen, müsste er lediglich das „Potenzial" eines Bioterroranschlags erklären.(16)(17)

1. AUSLÄNDISCHE TRUPPEN

Alex Jones filmte 1999 eine große Übung zum Häuserkampf in Oakland, Kalifornien. Dies wird durch die Website des US-Verteidigungsministeriums zur Operation Urban Warrior unter http://www.defenselink.mil/specials/urbanwarrior/ bestätigt. Truppen aus Großbritannien,

Australien und die Niederlande trainierten mit dem US-Militär und der US-Polizei und verstießen damit direkt gegen das Posse-Comitatus-Gesetz, das es dem Militär verbietet, zivile Polizeibefugnisse zu übernehmen. Alex Jones kommentiert:
Während der Operation Urban Warrior gaben sich Schauspieler als amerikanische Bürger aus, die von Militär und Polizei verfassungswidrig aus ihren Häusern verschleppt worden waren. Diese Amerikaner wurden zusammengetrieben und hinter Stacheldraht eingesperrt. Den Schauspielern wurde befohlen, ihre Freilassung zu verlangen und zu erklären, dass sie Rechte hätten. Sie wurden auch aufgefordert, Nahrung und Wasser zu verlangen. Die Truppen wiederum wurden angewiesen, sie zu ignorieren und ihnen zu befehlen, sich ordentlich zu verhalten. „Ziviler Ungehorsam wird nicht geduldet", war eine der vielen verstörenden Aussagen, die aus den Lautsprechern des Militärs ertönten.(18)
Das Verteidigungsministerium gibt an, dass ein Teil der Aufgabe darin bestand, „eine Kampfoperation mittlerer Intensität in einer städtischen Umgebung vor dem Hintergrund ziviler Unruhen durchzuführen und die Ordnung wiederherzustellen." (19) Urban Warfare-Trainings fanden in den 1990er Jahren in zahlreichen Städten statt, darunter in San Antonio, Chicago, Kingsville (Texas) und Pittsburgh.
Jetzt wird klar, wer die wirkliche Drecksarbeit gegen die Gegner der Neuen Weltordnung erledigen wird. Der Vorschlag für eine „schnelle Eingreiftruppe" der NATO kam im September 2002 vom Trojanischen Pferd Donald Rumsfeld. (20) Die Zustimmung zu Rumsfelds Plan wurde im November 2002 in Prag erzielt. Gleichzeitig wurden Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien eingeladen, der NATO im Jahr 2004 beizutreten. (21) Drei weitere Länder – Kroatien, Albanien und Mazedonien – hoffen, der Organisation in den nächsten Jahren beizutreten.
Wer könnte Amerikaner besser in Internierungslager stecken als ihre alten kommunistischen Feinde? Am 22. September 2003 wurden bei einer NATO-Übung in Galloway, Schottland, ukrainische Truppen dabei beobachtet, wie sie ahnungslose Autofahrer aus ihren Autos zerrten, um eine Jagd auf mutmaßliche Terroristen nachzuspielen. Dies war Teil einer viel größeren „Krisenreaktions"-Operation der NATO namens „Manöver Northern Lights", ein Übungslauf für die neue NATO-Reaktionstruppe, wie sie jetzt heißt, die voraussichtlich im Oktober 2004 teilweise und im Jahr 2006 voll einsatzfähig sein wird. (22) Die Galloway-Operation und eine zweite Operation in der Türkei am 20. November 2003. Laut der NATO-Website „retteten und evakuierten die Truppen das UN-Personal und die Zivilisten, verhängten ein Embargo, führten Anti-Terror-Operationen und eine Machtdemonstration durch". Interessanterweise geschah dies am selben Tag, als Terroristen die britische Botschaft und die HSBC-Bank in Istanbul bombardierten und dabei 27 Menschen töteten. (23)
Um den Einsatz ausländischer Truppen zur Bekämpfung des inländischen „Terrorismus" zu rechtfertigen, schickt die US-Regierung die Nationalgarde ins Ausland, um dort zu kämpfen. Im Jahr 2003 waren 174.000 der 350.000 Reservisten und Nationalgardisten im aktiven Dienst. (24) Seit dem Golfkrieg 1991 hat die US-Regierung die Zahl der Nationalgardisten und Reservisten bei Auslandseinsätzen erhöht. Während des Vietnamkriegs wurden nur 8.700 eingesetzt, aber über 75.000 Armee- und Luftgardisten wurden 1991 herangezogen, um Desert Storm schnell zu beenden. Seitdem hat sich die Art der Bundesmission der Nationalgarde geändert; sie wird häufiger als Reaktion auf Krisen in Haiti, Bosnien, dem Kosovo und im Himmel über dem Irak eingesetzt. (25)

1. Waffenbeschlagnahmung

Schusswaffen: Jeder sollte eine besitzen und wissen, wie man sie benutzt und reinigt – sie können einem das Leben retten. Aber noch wichtiger: Nichts demoralisiert einen eindringenden Feind mehr, als beschossen zu werden. - George Orwell, Ratschlag an die Heimwehr, 1939. Quelle: BBC-Dokumentation „George Orwell: A Life In Pictures", 14. Juni 2003

Ob Waffen Verbrechen verursachen oder verhindern und deshalb kontrolliert werden müssen, ist für viele Menschen ein kontroverses Thema. Aus der Geschichte geht jedoch klar hervor, dass der zivile Besitz von Schusswaffen eine große Abschreckung für tyrannische Regierungen darstellt. Aus diesem Grund sollte die aktuelle Entwicklung hin zu Waffenkontrollen in den USA, die von der UN-Kampagne gegen Kleinwaffen unterstützt wird, mit großem Misstrauen betrachtet werden. Unbewaffnete oder entwaffnete Bürger werden weitaus häufiger von Regierungen ermordet als von gewöhnlichen Kriminellen oder sterben in Kriegen. Waffenkontrollgesetze werden oft von Regierungen mit Mordabsicht erlassen.

In The Arizona Journal of International & Comparative Law Nr. 3, 483-535 (2000) argumentiert Stephen Halbrook, dass deutsche Juden und andere deutsche Gegner Hitlers nicht dazu bestimmt waren, hilflose und passive Opfer zu sein. Das Weimarer Waffen- und Munitionsgesetz von 1928 verlangte die Registrierung der meisten legal besessenen Schusswaffen, wie dies auch in einigen amerikanischen Staaten der Fall ist. Das Weimarer Registrierungsprogramm lieferte die Informationen, die die Nazis brauchten, um die Juden und andere als unzuverlässig geltende Personen zu entwaffnen. Im November 1938 erließen die Nazis ihr eigenes Waffengesetz, das Juden den Waffenhandel verbot und die Abgabe aller Schusswaffen und Hieb- und Stichwaffen vorschrieb. Im selben Monat kam es zur Reichskristallnacht – dem berüchtigten Amoklauf der Nazis gegen die Juden in Deutschland. Abgesehen von den Juden gab es in Deutschland selbst fast keinen Widerstand, da die Nazis jahrelang die Waffengesetze durchsetzen konnten, um sicherzustellen, dass kein potenzieller Gegner des Regimes die Mittel zum Widerstand hatte. Nach dem Weimarer Gesetz hatte die deutsche Polizei die volle Entscheidungsfreiheit, Kriminellen oder Personen, die die Polizei für unzuverlässig hielt, die Erlaubnis zu verweigern. Die Abrüstungskampagne der Nazis begann, sobald Hitler 1933 die Macht übernahm. Auch in anderen europäischen Ländern gab es Gesetze, die die Führung von Polizeiakten über Personen vorschrieben, die Schusswaffen besaßen. Als die Nazis 1939 die Tschechoslowakei und Polen einnahmen, war es ein Leichtes, Waffenbesitzer zu identifizieren. Viele von ihnen verschwanden mitten in der Nacht zusammen mit politischen Gegnern. Die Invasion Belgiens, Hollands und Frankreichs im Mai 1940 ging mit einem Gesetz namens „Regelungen über den Waffenbesitz in der besetzten Zone" einher, das bei Todesstrafe die Herausgabe aller Schusswaffen und Munition anordnete. Die Schweiz war das einzige Land in Europa, ja sogar weltweit, in dem jeder Mann ein Militärgewehr zu Hause hatte. Die Invasionspläne der Nazis berücksichtigten die abschreckende Wirkung dieser bewaffneten Bevölkerung. (26)

In einer Rezension des Buches Lethal Laws, das von der Organisation Jews for the Preservation of Firearms herausgegeben wurde, spricht David B. Kopel eine eindringliche Warnung an die Befürworter einer Waffenkontrolle aus. Alle großen tyrannischen Regime des 20. Jahrhunderts haben der Bevölkerung restriktive Waffengesetze auferlegt, bevor sie sie massenhaft ermordet und terrorisiert haben. Die untersuchten Länder waren das Osmanische Reich, die UdSSR, Nazideutschland, China, Guatemala, Uganda und Kambodscha. Dasselbe geschah zur Zeit der Abfassung des Buches in Ruanda und dem ehemaligen Jugoslawien.

R.J. Rummel, der weltweit führende Wissenschaftler für die Massenmorde des 20. Jahrhunderts und Finalist für den Friedensnobelpreis 1996, verleiht staatlich geförderten Morden eine statistische Dimension. Statistics of Democide, 1997, und Death by Government, 1994, liefern Daten über Massenmorde durch Regierungen im 20. Jahrhundert. In Kapitel 2 von Death by Government

definiert er die Ermordung von Zivilisten und Kriegsgefangenen durch Regierungen - im Gegensatz zu Soldaten, die im Kampf sterben, und Zivilisten, die während des Krieges unbeabsichtigt getötet werden - als " Demozid ":

Die notwendige und ausreichende Bedeutung von Demozid ist die vorsätzliche Tötung einer unbewaffneten oder entwaffneten Person oder eines Volkes durch die Regierung. [Hervorhebung hinzugefügt] (27)

Wie ist die Bilanz der Regierungen undemokratischer Länder, die unbewaffnete Bürger ermorden? Laut Tabelle 1.6 in Death By Government betrug die durchschnittliche Gesamtzahl der Opfer von staatlich gefördertem Massenmord im 20. Jahrhundert schätzungsweise 169.202.000. Zählt man die militärischen und zivilen Todesfälle hinzu, die im gesamten 20. Jahrhundert durch Krieg verursacht wurden, steigt die Gesamtzahl der Todesopfer auf geschätzte 203.000.000.(28)

Die alarmierendere Tatsache an Rummels Statistiken ist, dass das Verhältnis zwischen Regierungen, die ihre eigenen Bürger ermorden, und ausländischen Bürgern etwa 3 zu 1 beträgt. Rummel sagt, dass von den 169.202.000 durch Demozid verursachten Todesfällen 129.908.000 auf Inlandsmorde zurückzuführen seien. Die meisten Morde an Bürgern durch ihre eigenen Regierungen fanden in Russland und China unter Stalin und Mao statt. Die Nazis töteten hauptsächlich Ausländer (schätzungsweise 20 Millionen) und nur etwa eine Million ihrer eigenen Bürger. Laut Rummel tötete die Volksrepublik China zwischen 1945 und 1987 eine statistisch unbedeutende Zahl von Ausländern, aber schätzungsweise durchschnittlich 35 Millionen ihrer eigenen Bürger. Die UdSSR tötete zwischen 1917 und 1987 etwa 54 Millionen ihrer eigenen Bürger, aber nur 7 Millionen Ausländer. (29)

Ebenso wichtig für unsere aktuelle Lage ist Rummells Beobachtung in Power Kills, dass Demozid in enger und umgekehrter Beziehung zur Demokratie steht und dass Demokratien niemals gegeneinander Krieg führen:

Für jeden Fall gibt es eine Lösung, und die Lösung ist in jedem Fall dieselbe. Sie besteht darin, die demokratische Freiheit zu fördern und Zwangsgewalt und Gewalt zu demokratisieren. Das heißt, Massentötungen und Massenmorde durch die Regierung sind das Ergebnis wahlloser, verantwortungsloser Macht im Zentrum. Oder, um es mit dem Titel dieses Buches auszudrücken: Macht tötet. (30)

Der mächtigste Mensch und die treibende Kraft hinter der Neuen Weltordnung in den USA war in den letzten Jahrzehnten David Rockefeller. In einem Artikel in der New York Times vom 10. August 1973 wurde er zitiert:

Was auch immer der Preis der chinesischen Revolution war, sie hat offensichtlich nicht nur eine effizientere und engagiertere Verwaltung hervorgebracht, sondern auch eine hohe Moral und ein gemeinschaftliches Ziel gefördert. Das soziale Experiment in China unter der Führung des Vorsitzenden Mao ist eines der wichtigsten und erfolgreichsten in der Menschheitsgeschichte.

David Rockefeller steht noch immer an der Spitze des CFR und der Bilderberg-Gruppe, die sich dafür einsetzen, die amerikanische nationale Souveränität an die Vereinten Nationen abzutreten. Stephen Rockefeller arbeitet mit dem ehemaligen KGB-Chef Michail Gorbatschow zusammen, um die radikalen Umweltgesetze der Vereinten Nationen zu formulieren und zu fördern. Seit dem 11. September werden die westlichen Länder mit jedem Tag in alarmierendem Tempo immer weniger demokratisch; dieser Prozess wird international koordiniert. Von den sieben Völkermord-Regierungen, die in Lethal Laws untersucht werden, teilte keine einzige ihren Opfern ihre Absicht mit. Allen Opfern wurde gesagt, dass sie vorübergehend umgesiedelt würden oder eine andere Lüge, um sie dazu zu bringen, keinen Widerstand zu leisten. Und einer der Gründe, warum so viele Menschen diese Lügen glaubten, ist, dass es in der Weltgeschichte viele Regierungen gibt, die

Menschen auf Zwangsmärsche oder andere Formen der Zwangsumsiedlung geschickt und sie nicht getötet haben. Derzeit erwägt die Bush-Regierung, zivile Fachkräfte in die US-Armee einzuberufen und in den Nahen Osten zu schicken. Dies ist die amerikanische Mittelschicht - Ingenieure, Ärzte usw. Sie hat ihre regulären Truppen ständig über die Dauer ihres Verbleibs im Irak belogen. Derzeit sieht es so aus, als würden sie noch jahrelang dort bleiben. Über 300.000 US-Soldaten, die seit 1990 in der Golfregion gedient haben, sind inzwischen schwer am Golfkriegssyndrom erkrankt und weitere Zehntausende sind daran gestorben.

Kapitel 10 Endnoten

1. Terrorgesetze sind „unnötiger Totalitarismus", BBC, London, 17. September 2003. Siehe

http://news.bbc.co.uk/Vhi/uk politics/3114552.stm
und Terrorbedrohung löst neue Mächte aus, 26. November 2003. Siehe
http://news.bbc.co.uk/Vhi/uk politics/3236844.stm

1. David Leppard, Polizei will nach Terroranschlag das Internet kontrollieren, The Times Online, London,

1. Juni 2003. Siehe http://www.propagandamatrix.com/

Polizei kontrolliert nach Terroranschlag das Internet.htm

1. 'Terror Cordon' Plan für britische Städte, BBC, London, 2. Dezember 2002. Siehe

http://news.bbc.co.uk/Vhi/uk politics/2612319.stm

1. Peter Fray, London könnte im Falle eines Angriffs evakuiert werden, The Sydney Morning Herald, 8

Sept. 2003. Siehe http://www.smh.com.au/articles/2003/09/07/1062901944298.html

1. Ian Johnston, „Blunketts Sturmtruppen" eröffnen neue Front im Kampf gegen den Terrorismus, Schottland am Sonntag, 10. August 2003. Siehe

http://www.scotlandonsunday.com/uk.cfm?id=873642003

1. Kriegsrecht wird nach dem nächsten Terroranschlag die Verfassung ersetzen, Newsmax, 21. November 2003. Siehe http://www.infowars.com/print/ps/franks martial.htm
2. Ritt Goldstein, Grundlagen für Kriegsrecht in den USA sind vorhanden, Sydney Morning Herald, 27. Juli 2002 http://www.smh.com.au/articles/2002/07/27/1027497418339.html
3. David Cho, Schulen verstärken Angriffsvorbereitungen, Viele Anti-Terror-Pläne würden Eltern davon abhalten, ihre Kinder abzuholen, Washington Post, 14. Februar 2003.

Siehe http://www.washingtonpost.com/ac2/ wp-dyn?pagename=article&node=&contentId = A5447-2003Feb13&notFound=true

1. Von einem Elternteil an Alex Jones, Radio-Talkshow-Moderator in Austin, Texas, gesendetes Dokument. Siehe http://infowars.com/print sovietschoolspg1.htm

http://infowars.com/print sovietschoolspg2.htm

http://infowars.com/print sovietschoolspg3.htm

1. Tom Baldwin, Roter Alarm? Bleiben Sie zu Hause und warten Sie auf Nachricht, Gannett News Service, Trenton NJ,

1. März 2003. Siehe

http://www.propagandamatrix.com/Red Alert, bleib zu Hause, warte auf Neuigkeiten

1. General des Northern Command befürwortet Überprüfung der Posse Comitatus, Newsmax, 22. Juli

2002. Siehe http://www.newsmax.com/archives/articles/2002/7/22/01218.shtml

1. Gene Healy, Misguided Mission for Military, The Cato Institute, 31. Juli 2002. Siehe

Siehe http://www._jpfo.org und http://www.lethallaws.com/kopel.htm.

1. online veröffentlicht unter http://www.hawaii.edu/powerkills/DBG.CHAP2.HTM
2. R.J. Rummel, Death By Government, New Brunswick, N.J.:Transaction Publishers, 1994,

Tabelle 1.6. Siehe http://www.hawaii.edu/powerkills/DBG.TAB1.6.GIF

1. R.J. Rummel, Statistik des Demozids: Völkermord und Massenmord seit 1900, Charlottesville, Virginia: Center for National Security Law, School of Law, University of Virginia, 1997; und Transaction Publishers, Rutgers University, Tabelle 16A. Zusammenfassung

Gesamtzahl der Demozide. Siehe http://www.hawaii.edu/powerkills/SOD.TAB16A.1.GIF

1. R.J. Rummel, Macht tötet, Demokratie als Methode der Gewaltlosigkeit, New Brunswick, N.J.:

Transaction Publishers, 1997. Siehe http://www.hawaii.edu/powerkills/PK.CHAP1.HTM

Revision #1
Created 14 October 2025 14:43:39 by investigatione
Updated 14 October 2025 14:43:52 by investigatione